

Herforder Zeitung

Bezugspreis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle

Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 151

Postfachkonto Nr. 5296

Scheidt-Hammover

Anzeigenpreis 30 Pfennig

die 1 Spalte, 10 Zeilen oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 35 Pfennig. Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 37.

Herford, Montag, den 14. Februar 1921

39. Jahrgang.

Wie Cupen und Malmédy verloren gingen.

In Belgien hat man die Glocken läuten lassen, um die „Wiedervereinigung“ der Kreise Cupen und Malmédy mit dem Mutterlande gebührend zu feiern. Von einer Wiedervereinigung kann gar keine Rede sein, denn die Kreise sind deutsch, haben nie zu Belgien gehört, und die deutsche Regierung hat sich veranlaßt gesehen, gegen eine derartige Geschichtsflüge Einspruch zu erheben. Der Völkerverbund hat den Uebergang der beiden Kreise an Belgien gutgeheißen. Dieser Uebergang war aber nichts anderes als ein glatter Raub, der mit allen möglichen Mitteln in Szene gesetzt ist. Von der deutschen Regierung sind bereits in einem Weißbuch ausführlich die Mittel gekennzeichnet worden, die das belgische Militärregiment angewandt hat, um die Abtretung, wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, vollends zu sabotieren. Man hat die friedliche deutsche Bevölkerung in jeder Weise drangaliert, man hat Lockspiegel auf sie losgelassen, die deutsche Bevölkerung wegen ihrer deutschen Gesinnung ins Gefängnis gebracht haben. Von allen diesen Dingen ist im deutschen Weißbuch den alliierten Regierungen, dem Völkerverbund und der Welt Kenntnis gegeben worden. Daß es sich aber nicht nur um unbedeutende Behauptungen handelt, das zeigt ein Zeugnis, der beiden auf den Plan getreten ist und anhand von urkundlichem Material nachweist, daß er selbst als Agent provocateur von den belgischen Militärbehörden in Cupen-Malmédy angeworben und verwendet worden ist. Man mag über die Gründe, die Christian Sand — so heißt der merkwürdige Ehrenmann — zu seiner Vespäthelarbeit führten, denken wie man will, das steht fest und ist durch kein Dementi hinwegzuleugnen, daß General Baltia nicht nur um all diese schändlichen Dinge gewußt, sondern daß er sie auch angeregt, unterstützt und gefördert hat. Das Buch des Christian Sand bildet eine so wichtige Anlage gegen die belgische Regierung, und es stellt den Entschluß des Völkerverbundes in der Cupen-Malmédy-Frage in ein so merkwürdiges Licht, daß Herr Paul Hymans, der Präsident der Völkerverbundsversammlung in Genf, königlich belgischer Staatsminister und neben anderen Ministern auch noch Professor der Rechte an der Universität Brüssel ist, nicht umhin kann, sich dazu eingehend zu äußern. Die Welt weiß nun, wie es kommt, daß die Zahl der Deutschen, die in den Listen gegen die Eingliederung der Kreise Cupen-Malmédy zu Belgien protestierten, so gering war, so gering, daß in letzter Stunde es die belgischen Militärs selbst mit der Angst bekamen und noch Protestlisten fälschten mußten. Das alles erzählt Christian Sand. Er sagt nichts Neues, aber er beweist, was wir längst wußten: daß die sogenannte Volkswahl in Cupen-Malmédy die größte Farce der Weltgeschichte war, daß diese Abtretung nichts anderes war als ein glatter, unbehüllter Raub.

Unsere Gegenvorschläge.

Das Ziel unserer Bemühungen — so führt Abg. Schiffer in der „Presse“ Morgenst. — muß auf einen Vorschlag gerichtet sein, der den Franzosen etwas wirklich Greifbares und Betrachtliches bietet; der so praktisch und umfassend ist, daß es schwer ist, ihn mit einer Handbewegung zurückzuweisen, man vielmehr gezwungen ist, sich auf seine Beprobung einzulassen; daß eine halbwegs vernünftige Regierung in der Lage ist, mit ihm vor ein unvernünftiges Parlament hinzutreten; daß die Neutralen und die anderen Ententevölker um ihres eigenen Interesses willen sich ihm zuwenden; und daß er endlich an dem ehrlichen und ersten Willen Deutschlands, das Menschenmöglichste auch wirklich zu leisten, keinen Zweifel läßt. Nur ehrliche Politik wird auch eine starke Politik sein.

Alle müssen mithelfen!

Die Reichsregierung ist an der Arbeit, die deutschen Gegenvorschläge gegenüber den Propositionen der Pariser Note auszuarbeiten. Wer als Sachverständiger zu diesen Arbeiten herangezogen werden soll und wer später allenfalls den Minister des Auswärtigen nach London begleiten wird, siehe nach dahin. Die Zeitungsmedien, die sich hierüber ausliehen, sind verfrüht, und enthalten der tatsächlichen Grundlage. Insbesondere ist es sicher, daß auch Arbeitnehmer beteiligt sein werden und zwar werden sie nicht nur, wie es nach einigen Zeitungsmedien schien, aus den Freien Gewerkschaften, sondern aus allen Richtungen der Arbeiterkraft entnommen werden. Ueber diesen Preis der unmittelbaren Sachverständigen hinaus sollte aber unser Wirtschaftsleben sich in seinem ganzen Umfang an der verantwortungsvollen Aufgabe des Nachweises von der Unmöglichkeit der uns gemachten Zumutungen und der Aufstellung eines durchführbaren Vorschlags beteiligen. Wenn behauptet wird, daß schon jetzt ausländische Firmen ihre Aufträge widerrufen, weil sie die Belastung durch die Ausfuhrabgabe befürchten, so genügt es nicht, hierüber allgemein Mitteilung zu machen. Vielmehr müßte es für die Reichsregierung von äußerster

Das Neueste vom Tage.

Im Reichsarbeitsministerium wird ein Gesetz über vorläufige Arbeitslosenversicherung vorbereitet.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erfährt, wird im Reichsministerium des Innern der Entwurf eines neuen Gesetzes betr. die Einwohnerwehren ausgearbeitet.

Am Sonnabend ist die Mitteilung der bayerischen Regierung über das Ergebnis der Beratung des Ministerrats in der Entwaffnungsfrage der Reichsregierung überreicht worden.

Reichsminister Dr. Simons sprach in Stuttgart vor einer großen Versammlung über die Unmöglichkeit der Erfüllung der Pariser Beschlüsse.

Reichsminister Dr. Wirth betonte in einer Rede in Bremen über die Londoner Konferenz die Notwendigkeit des Abbaues der Reichseinkommensteuer.

Im bayerischen Landtag griffen die sozialistischen Parteien den Ministerpräsidenten v. Rahr heftig an und nahmen an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teil.

Von schwedischer Seite werden Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen mit Deutschland angebahnt.

Die Vertreter fremder Staaten, etwa 200 an der Zahl, werden Ende dieser Woche in London erwartet.

Die Orientkonferenz wird noch Londoner Nachrichten nicht verlagert werden.

Ueber ganz Thrakien ist von der griechischen Regierung der Belagerungszustand verhängt worden.

Wert sein, konkrete Unterlagen durch Uebergabe der eingegangenen Briefe zu erhalten. Ebenso wären spezialisierte Berechnungen über die Unverträglichkeit der gestellten Belastung für die einzelnen Industriezweige von großem Wert. Deshalb können alle Kreise unseres Volkes, auch wenn sie nicht besonders aufgerufen werden, sich am Werke beteiligen. Die Handels- und Gewerbetreibenden, der Reichsverband der deutschen Industrie und alle anderen wirtschaftlichen Organisationen werden sicherlich gern die Vermittlung übernehmen.

Keine Erleichterung der Ausfuhrabgabe

Der französische Wiederaufbauminister Loucheur hat einem amerikanischen Pressevertreter zur Beruhigung der amerikanischen Stimmung mitgeteilt, daß nie die Rede davon gewesen sei, die deutsche Ausfuhr mit einer zwölfpromzentigen Steuer zu belegen. Man habe nur außer der festen Entschädigungssumme noch eine anpassungsfähige festlegen wollen, die der künftigen Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens gerecht werde. Am Ende eines jeden Halbjahres solle die Höhe der deutschen Gesamtausfuhr berechnet und zwölf Prozent davon an die Entente abgeführt werden. Diese Darstellung Loucheurs ist keineswegs geeignet, uns aufatmen zu lassen. In der Form mag es erträglicher erscheinen, daß von der Gesamtausfuhr zwölf Prozent abzuführen sind, als wenn die Abgabe von allen einzelnen deutschen Exportartikeln erhoben werden müßte; denn die Kontrolle der Entente über die deutsche Ausfuhr würde nicht so ins Einzelne gehen und zur Handelsespionage ausarten, wie wenn jede einzelne Fabrik beaufsichtigt würde, auch könnte Deutschland selbst die Abgabe dann je nach der Tragfähigkeit der einzelnen für den Export arbeitenden Industriezweige staffeln. Aber in der Sache selbst ist nicht die mindeste Erleichterung in dem angebotenen Verfahren zu erblicken. Denn die Exportabgabe von 12 Prozent setzt Lebenskräfte unserer Ausfuhr voraus, die ganz undenkbar sind. Sie neben den 2 bis 6 Milliarden Goldmark fester Unmittelkeiten aufzubringen, ist für die deutsche Volkswirtschaft eine glatte Unmöglichkeit.

Der unruhige polnische Nachbar.

Bekanntlich kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Daß der Pole ein so überaus friedliebender Nachbar ist, wie er gern scheinen möchte, darf nach seinen bisherigen Taten mit Fug und Recht bezweifelt werden. Der polnisch-russische Krieg ist entstanden aus dem Offensiv-Vorstoß gegen die Ukraine. Dieser Vorstoß stellt im ganzen betrachtet nichts als ein Werk der polnischen Imperialisten dar. Das gleiche gilt auch von dem Jeligowski-Vorstoß und von dem Aufstand in

Oberschlesien, durch den gewisse nationalpolnische Kreise ebenfalls sehr stark belastet worden sind. Es ist darum unbedingte Pflicht der deutschen Regierung, auf die Zeichen im Osten zu achten. Diese Pflicht ist um so größer, als wir heute kaum oder doch nur sehr schwer in der Lage sind, uns gegen etwaige polnische Vorstöße zu wehren. Die Festung Königsberg hat einen Radius von 200 Km. Auf jede 10 Km. ihres Gebietes kommt ein Geschütz, mehr hat bekanntlich die Entente nicht erlaubt. Rüstung ist überhaupt ohne Geschütze, und ein polnischer Vormarsch auf Berlin ist gar nicht so sehr eine Unmöglichkeit, wie vielleicht mancher noch glaubt. Was endlich Oberschlesien betrifft, so sind hier die polnischen Aspirationen ebenso unerblickbar wie die auf Masuren. Daß die französischen Besatzungstruppen einem polnischen Raubzuge auf dieses Land ernsthaft begegnen würden, daran glaubt nach den bisherigen Erfahrungen kein Mensch mehr. Wir wollen nicht Befürchtungen um jeden Preis erwecken, aber die vorhandenen Befürchtungen müssen geäußert werden, weil Gründe dafür vorliegen. Schon einmal ist die deutsche Regierung bei den alliierten Regierungen und bei der Regierung in Warschau vorstellig geworden wegen der drohenden Truppenansammlungen in der Nähe der Ostgrenze anderer Reiches. Damals haben die Polen, selbstverständlich mit französischer Hilfe, einen umfangreichen Dementier-Apparat in Bewegung gesetzt. Über 200 000 Truppen lassen sich nicht verbergen; sie lassen sich auch durch mehr oder minder fadenförmige Dementis nicht beseitigen, und selbst die Ausrede, daß die polnischen Truppen, um demobilisiert zu werden, in ihre Heimatgarnisonen verlegt worden seien, hat sich als nicht stichhaltig erwiesen. Auch wenn die Polen jetzt abermals mit erneuertem Kraftaufwand alles abstreiten, so wird doch ihr Bemühen erfolglos sein, denn die neuerlichen Mitteilungen der deutschen Regierung über die Gefahr an der Ostgrenze sind zu schwerwiegend und haben eine so ernste Lage geschaffen, daß sie nur durch Taten der Warschauer Regierung, aber nicht durch Worte zu beseitigen sind.

Wahlbewegung.

Stimmenfang der Sozialdemokraten. Der „Vorwärts“ druckt triumphierend eine Notiz aus dem „Reichsbund“, dem Organ des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen ab, in der mitgeteilt wird, daß leider nur die Sozialdemokratie dem Wunsche des Reichsbundes entsprochen habe, eine seiner Mitglieder an aussichtsreicher Stelle kandidieren zu lassen. Der „Vorwärts“ fügt hinzu, daß eine ganze Anzahl von organisierten Kriegsgeschädigten bei den Mehrheitssozialdemokraten kandidieren. Diese Art Stimmen gewinnen zu wollen kann selbst durch die schwierige Lage, in der sich die Mehrheitssozialdemokratie dank ihrer Politik zwischen zwei Stühlen befindet, nicht entschuldigt werden. Es ist selbstverständlich, daß es sämtliche Parteien für ihre Ehrenpflicht ansehen denjenigen unserer Mitbürger, die für das Vaterland gebüht haben, ihr Recht zu verschaffen.

Die Wirtschaftspartei des Mittelstandes hat bekanntlich eigene Kandidaten aufgestellt. Gegen diese Abspaltungsvorläufe von den großen Parteien wendet sich mit scharfen Worten die Magdeburger Mittelstandsvereinigung. Sie vertritt den richtigen Standpunkt, daß in die politische Parlamente nur politische Parteien gehören und daß es deren Aufgabe ist, Berufsinteressen in Verbindung mit den Interessen des Volksganzen zu vertreten. Sie sieht in solchen reinen Berufsparteien Abspaltungen von den bürgerlichen Parteien, die nur die Gefahr in sich bergen, diese zu schwächen. Dazu muß noch bemerkt werden, daß diese sogenannte Mittelstandspartei gar keine wirkliche Mittelstandspartei, sondern die Partei der Terrainspekulanten ist. Es ist sehr bedauernd, daß der eigentliche Nachbar dieser Partei, dessen Namen ihr den Siegel ausdrücken würde, nämlich der Rommerjennat Haberland, nicht in Berlin kandidiert, wo er bekannt ist, sondern in Ostpreußen, also fern von seiner Heimat.

Rundschau.

Deutschnationale Siedlungsfeindlichkeit. Die Deutschnationalen haben von ihren Vorfahren, den Konservativen, die Abneigung gegen die Siedlung als eine Schädigung des Großgrundbesitzes übernommen. Es erregte daher ein gewisses Aufsehen, als der allerdings von den ehemaligen Deutschnationalen herkommende deutschnationale Abg. Mumm im Hauptausschuß des Reichstages sich für innere Kolonisation einsetzte und sogar einen Brief an den siedlungsfeindlichen sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister Braun richtete. Die wahre Gesinnung der Deutschnationalen zeigt sich aber in einer kleinen Anfrage des deutschnationalen Abg. Behrens, der unter der Behauptung, daß durch die Aufteilung eines großen Gutes in Ostpreußen 40 Landarbeiterfamilien landlos und brotlos würden von der Reichsregierung verlangt, daß das Reichsiedlungsgesetz dahin geändert wird, daß zur Aufteilung von Gütern betrieblen die Zustimmung der darin beschäftigten ansehnliche Arbeiter erforderlich ist. Wer ländliche Verhältnisse in Groß

grundbefähigten kennt, weiß, daß durch eine solche Bestimmung fast jede Aufsteigung verhindert werden würde. Und glaubt Herr Behrens, der sich Arbeiterführer nennt, wirklich, daß bei der jetzigen Arbeitsnot irgend welche Landarbeiter brotlos werden können.

Die Hege der Linken gegen das Reichswehrministerium. Zu dem Kitzel der Linken gegen die Reichswehr und deren Ministerium gehört, daß der demokratische Geist in ihr nicht genügend gepflegt werde. In kleinlichster Weise werden allerlei Einzelvorgänge hervorgehoben. So wurde erzählt, daß bei einem Festessen in Jhehoe zur Feier von Kaisers Geburtstag die Soldaten zwei Gänge wie an Sonntagen erhalten hätten. Woraus bestand nun die Mahzeit am 27. Januar in Wirklichkeit? Aus 60 Gramm gekochtem Schinken und 40 Gramm Dauerfleisch. Das heißt, es gab am 27. Januar daselbe wie an allen anderen Wochentagen.

Die Arbeitslosenversicherung. Im Haushaltsausschuß des Reichstages hatte der Arbeitsminister darauf hingewiesen, daß die unglückliche Entwicklung des Arbeitsmarktes seit dem Sommer v. Js. das Risiko der Arbeitslosigkeit und die Art ihrer örtlichen Verteilung nach streng verfahrensmäßigen Grundsätzen nicht berechenbar mache. Infolgedessen war der dem Reichsrat im vorigen Jahre vorgelegte Entwurf, der den ganz ungewissen Bedingungen der Uebergangszeit gemäß nur eine vorläufige Regelung bringen soll, wird jetzt im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet. Nach diesem Entwurf sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Mitarbeit und Mitverantwortung herangezogen werden, er wird sich erst in seinem organisatorischen Aufbau an den Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes anknüpfen. Der Entwurf soll schon Mitte März den Reichsämtern, den Ländern und den Beteiligten zur Erörterung zugänglich gemacht werden.

Herford u. Minden-Ravensberg.

14. Februar.

Herforder Steuerungs- und Verhältniszahlen

mit 46 Städten im Deutschen Reich verglichen, aufgestellt vom Statistischen Reichsamt in Berlin. Die Unterlagen für Herford sind bearbeitet von unserem Statistischen Amt.

Rr.	Gemeinden	Ortsanwesende Bevölkerung am		Steuerungs- zahlen in M.	
		8. Okt. 1919	im 1000	Januar 1921	
1.	Berlin	1902,5		960	
2.	Hamburg	985,8		1026	
3.	München	630,7		925	
4.	Dresden	529,3		920	
5.	Breslau	528,3		881	
6.	Essen	439,3		947	
7.	Frankfurt a. M.	433,0		974	
8.	Nürnberg	352,7		934	
9.	Stuttgart	309,2		890	
10.	Chemnitz	303,8		1034	
11.	Dortmund	295,0		925	
12.	Magdeburg	285,9		871	
13.	Königsberg i. Pr.	260,9		876	
14.	Mannheim	229,6		895	
15.	Kiel	205,3		950	
16.	Ausburg	154,6		820	
17.	Nachen	145,7		1151	
18.	Braunschweig	139,5		894	
19.	Karlsruhe	136,0		920	
20.	Erfurt	129,6		968	
21.	Lübeck	113,1		962	
22.	Hagen i. Westf.	92,9		1072	
23.	Ludwigshafen a. Rh.	90,7		931	
24.	Darmstadt	82,4		857	
25.	Frankfurt a. d. O.	65,1		874	
26.	Solingen	48,9		1015	
27.	Halberstadt	47,1		865	

Barfüßle

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte

31) von Berthold Auerbach.

In der Erkenntnis fremden Kummers löste sich der Schmerz Barfüßles in Tränen auf, und sie sagte: „Mir ist so schwer. Ich denk' jetzt immer ans Sterben. Wieviel tausend Kübel Wasser muß ich noch holen, und wieviel Sonntage gib's noch? Man sollte sich eigentlich gar nicht so viel grämen, das Leben hat ja so bald ein Ende, und wenn die Rosel jankt, denk' ich: Ja, jank' du nur, wir sterben beide bald, dann hat's ein Ende; und dann überfällt mich wieder eine Angst, daß ich mich so arg vor dem Sterben fürchte. Wenn ich so siege und will mir denken, wie es ist, wenn ich tot bin: ich höre nichts, ich sehe nichts, dieses Auge, dieses Ohr ist tot, alles da um mich her ist nicht mehr da, es wird Tag, und ich weiß nichts mehr davon; man mäht, man erntet, ich bin nicht mehr dabei. Oh, warum ist denn das Sterben? ... Was willst du machen? Haben andre auch sterben müssen, und die waren noch mehr als du. Man muß es ruhig ertragen. — Horch! Der Schütz schellt aus", so unterbrach sich Barfüßle in der seltsamen Lage, und sie die eben sterben wollte, und wieder nicht sterben wollte, hätte doch gern erfahren, was der Dorfschütz ausschellte.

„Laß ihn schellen, er bringt dir doch nichts“, sagte die Alte wehmütig lächelnd. „Ich will dir sagen, Amrei, was mit dir ist: du bist jetzt sterbensverliebt. Sei froh, so gut wird es wenigen Menschen, es wird wenigen Menschen so wohl, daß sie eine rechte Liebe in sich spüren; aber nimm dir ein Beispiel an mir, laß die Hoffnung nicht fahren. Weißt, wer schon bei lebendigem Leibe gestorben ist? Wer nicht von jedem Tag, absonderlich wer nicht von jedem Frühling meint: Jetzt fängt das Leben erst recht an, jetzt kommt etwas, was noch gar nie dagewesen ist. Du mußt es noch gut gehen, du tust ja lauter Gortestaten, Was hast du an

28. Schwerin	45,5	868
29. Rattow	45,4	976
30. Seilbronn	44,0	830
31. Göttingen	41,2	828
32. Eisenach	39,2	800
33. Herford	34,8	962
34. Bauen	34,3	992
35. Gießen	33,4	942
36. Oldenburg	32,5	879
37. Schweinfurt	27,8	788
38. Eberswalde	26,8	908
39. Wald (Rheinland)	25,9	1083
40. Fulda	23,9	977
41. Straubing	22,5	751
42. Reichenbach i. Schlef.	15,2	835
43. Auerbach i. Vogtland	13,8	984
44. Rastenburg	13,3	855
45. Selb	12,5	807
46. Grimma	10,6	857
47. Blumenthal	10,3	914

Stand der Berufsberatung in Westfalen und Lippe.

Durch den Vierministererlaß vom 18. März 1919 ist zur Förderung einer planmäßigen Berufsberatung die Errichtung von Berufsämtern in allen Stadt- und Landkreisen Preußens angeordnet worden. Diese Berufsämter haben die Aufgabe, Personen, die neu ins Berufsleben eintreten oder ihren Beruf wechseln wollen, sowie auch die gesellschaftlichen Vertreter von Jugendlichen bei der Berufswahl zu beraten. Die Verordnung hat ihre Wurzel in der Erkenntnis, daß heute kaum jemand in der Lage ist, ohne Einwirkung eines Sachverständigen die Anforderungen in den einzelnen Berufen mit der körperlichen und geistigen Eignung, der Neigung und der wirtschaftlichen Lage des Wählenden in Einklang zu bringen. Andererseits aber soll durch die Berufsberatung die menschliche Arbeitskraft zum Nutzen des Einzelnen wie des Volksganzen bestmöglichst in ökonomischer Weise verwertet werden. — Wie nun in der zweiten Sitzung des Beirates für das Landesberufsamt Westfalen und Lippe durch den Leiter des Amtes mitgeteilt wurde, sind bis Ende 1920 22 Landkreise und 15 Stadtkreise ihrer Verpflichtung durch Errichtung von Berufsämtern nachgekommen. Außerdem haben noch 21 kleinere Städte Berufsämter errichtet, sodaß deren nunmehr 53 in Westfalen-Lippe verzeichnet werden können. In Deutschland bestehen nach einer kürzlich veranstalteten Kundfrage insgesamt etwa 463 Berufsämter, von denen allein 58 auf Westfalen entfallen, das danach den ersten Platz einnimmt. Die weitere Reihenfolge ist: Sachsen-Anhalt (50), Nieder- und Oberschlesien (46), Brandenburg (45), Ostpreußen (43), Bayern (42), Niedersachsen (39), Rheinland (30). Die Entwicklung kann als durchaus günstig bezeichnet und daran die Erwartung geknüpft werden, daß sie sich auch weiterhin günstig gestalten wird.

e. Volkshochschule Herford. Am Freitag, den 18. Februar, spricht Herr Dr. Salecker in einem öffentlichen Vortrag in der Aula des Gymnasiums um 7.30 Uhr, abends, über Hygiene der Stimme und Stimmstörungen. Auch Hörer, die nicht eingeschrieben sind, können teilnehmen.

h. Erhöhung der Schlachtgebühren. Die Stadtverordnetenversammlung vom Freitag hat bekanntlich einer Erhöhung der Schlachtgebühren zugestimmt, da der Schlachthofbetrieb bisher nur mit ganz bedeutenden Zuschüssen seitens der Stadt aufrechterhalten werden konnte. In einer Bekanntmachung des Magistrats wird heute die neue Gebührenliste veröffentlicht.

h. Sammlung der Handelskammer für Oberschlesien. Die Handelskammer zu Viesfeld teilt uns folgendes mit: Das Ergebnis der für die ober-schlesische Abstimmung von uns eingeleiteten Sammlung hat bisher den gegenteiligen Erwartungen nicht voll entsprochen. Es ist zwar zu berücksichtigen, daß Industrie und Handel gerade in der letzten Zeit

wiederholt erhebliche Opfer für kulturelle und soziale Zwecke gebracht haben und daß auch für Oberschlesien schon bedeutende Summen aus unserem Bezirk an auswärtige Sammlungen abgeführt worden sind. Umso mehr ist es anzuerkennen, daß veranlaßt durch den Aufruf der Handelskammer der Viesfelder Arbeitgeber-Verband der Metallindustrie beschloß, 1/2 Prozent der November-Lohnsumme für die Viesfelder Arbeitgeber-Verband der Textilindustrie (Sitz Viesfeld) zur Verfügung zu stellen. Diesem Vorgehen wird sich der Arbeitgeber-Verband der Textilindustrie (Sitz Viesfeld) ebenfalls anschließen. Dem übrigen Arbeitgeber-Verband in Viesfeld ist seitens des Viesfelder Arbeitgeber-Bundes empfohlen worden, ebenfalls in dieser Weise an der Sammlung beizutreten. Aber auch aus anderen Teilen des Handelskammerbezirks sind bereits von einer Reihe von Einzelunternehmen Spenden in solcher Höhe gezahlt worden, die Beispiele verdienen Nachahmung. Oberschlesien darf uns nicht verloren gehen. Es dürfte niemand geben, der den Gedanken nicht unerträglich wäre, daß ein etwaiger Verlust dieser für unsere Volkswirtschaft hochbedeutenden Provinz durch Hingabe entsprechender Mittel hätte abgemildert werden können. Bis jetzt sind etwa 120 000 M. gezeichnet worden. Es muß aber noch viel mehr werden. Alle beizutretenden Firmen ergeht deshalb erneut die dringende Bitte, zu der Sammlung nach Kräften beizutragen bzw. die gewünschten Beiträge noch zu erhöhen. Spenden sind bei der Dresdener Bank in Viesfeld auf Konten „Oberschlesien“ der Handelskammer einzuzahlen.

o. Richtlinien für den Verkehr am Postschalter. Zur glatten und raschen Abwicklung des Verkehrs an den Postschaltern trägt es viel bei, wenn folgende Regeln beachtet werden: 1. Wähle für deine Postgeschäfte möglichst nicht die Hauptverkehrsstunden. 2. Klebe auf alle freizumachenden Sendungen die Marken vor der Einlieferung auf, wo du bei Briefsendungen nach der Postordnung verpflichtet bist. 3. Schreibe zu Wert- und Einschreibungen einen Einlieferungschein — mit Tinte — vorher aus. 4. Halte das Geld abgezählt bereit. 5. Übergib größere Mengen Papiergeld stets geordnet. 6. Lege bei gleichzeitiger Ein- oder Auszahlung von 3 und mehr Postanweisungen und Zahlkarten beizugeben sowie beim Einkauf von 3 oder mehr verschiedenen Sorten von Wertzeichen eine ausgerechnete Zusammenfassung der zu zahlenden Beträge vor. 7. Benutze bei eigenem stärkeren Verkehr die besonderen Einrichtungen (Posteinfachschalter und Verzeichnisse; Selbstvorbereitung von Paketen und Einschreibbriefen).

P. Paketauslieferung an den Postschaltern. Zur Beschleunigung der Abfertigung an den Paketschaltern kann jeder beitragen, wenn er die einzuliefernden Pakete selbst freimacht und das Aufkleben der Freimarken nicht dem Annahmepersonal überläßt. Seit dem 1. Oktober 1919 besteht der Freimachungszwang für Pakete, auch ist der gegenwärtige Pakettarif so einfach, daß die richtige Frantierung ohne Schwierigkeiten vor der Einlieferung der Pakete bewirkt werden kann.

o. Deutsche Aufschrift auf Postsendungen. Eine wichtige Vorbedingung für die schnelle Beförderung und ordnungsmäßige Bestellung der Postsendungen ist die Richtigkeit, Deutlichkeit und Vollständigkeit der Aufschrift. Mängel in der Aufschrift, wie ungenaue und undeutliche Angabe des Bestimmungsorts, ungenaue Bezeichnung des Empfängers, Fehlen der Angabe von Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk usw., behindern die ungesäumte Beförderung und Bestellung und erschweren den Postbetrieb. Besonders wichtig ist es, daß der Bestimmungsort (Postleitzahl) richtig und deutlich rechts unten auf den Umschlag geschrieben wird und daß beim Bestimmungsort der nötige Zusatz (z. B. Erbach Odenwald), Erbach (Taunus), Erbach (Rheingau), Erbach (Westertal), Erbach (Württemberg), Neuenhagen (Kr. Schlange), Neuenhagen (Neumark) usw.) nicht vergessen wird. Bei Sendungen nach Berlin muß außer Straße, Hausnummer, Stockwerk usw. auch der Postbezirk und die Nummer des Postamts angegeben werden, von dem die Sendung abgeholt oder befreit wird. Die genaue Aufschrift

„Wenn ich ein Vöglein wär,
Und auch zwei Flügel hätt',
Flög' ich zu dir;
Weil's aber nicht kann sein,
Bleib' ich allhier.
Bin ich gleich weit von dir,
Bin ich doch im Traum bei dir;
Und re' mit dir;
Wenn ich erwachen tu',
Bin ich allein.
Es vergeht kein' Stund in der Nacht,
Daß nicht mein Herz erwacht
Und an dich denkt.“

So sang Barfüßle.

Er ist gekommen.

Barfüßle stand eines Sonntagnachmittags nach ihrem Gewohnheit an die Türpfoste des Hauses gelehnt und schaute träumend vor sich hin; da kam der Enkel des Rohlenmachers das Dorf heraufgesprungen und winkte schon von ferne und rief: „Er ist gekommen! Barfüßle, er ist gekommen!“ Barfüßle zitterte die Knie, und mit bebender Stimme rief sie: „Wo ist er? Wo?“ „Bei meinem Großvater im Moosbrunnwald.“ „Wo? Wer? Wer schickt dich?“ „Dein Dami. Er ist drinnen im Wald.“ Barfüßle mußte sich auf die Steinbank vor dem Hause setzen, aber nur eine Minute, dann begwang sie sich selbst, richtete sich straff auf mit den Worten: „Mein Dami? Mein Bruder?“

„Ja, des Barfüßles Dami“, sagte der Knabe treuherzig, „und er hat mir versprochen, du gibst mir einen Kreuzer, wenn ich zu dir Boten gehe und es dir sage; jetzt gib mir einen Kreuzer!“

„Mein Dami wird dir schon drei dafür geben.“ „D nein“, sagte der Knabe, „er hat ja zu meinem Großvater geheut, weil er keinen Kreuzer mehr habe.“ „Ich habe jetzt auch keinen“, sagte Barfüßle, „aber ich bleib' dir gut dafür.“ (Fortsetzung folgt.)

einer nach
Frau Ma
Hinterha

— 15
Bevölkeru
von 140 J
auf den R
rechnung
und eine
Davon m
Steuern g
Abzug de
auf den R
sich die s
deutlichst

h
kündigen
ohne zugl
hiesige P
Befanntm
in Grinne
Wert von
den. Bei
straßbar.
Bestimmu
Beckler
fehlen die

Weite
Oberschles
schaffen, tr
Bedeute, i
und eine
trägst. No
Ependen er

a. Eid
der Pflege
samkeit zu
ganzen Ge
beschäftigt.

u. Her
größeres
war, den
billigen P

fl. Not
sammlung d
Domini
Ortsgruppe
daß er sich
habe, den
Ortsgruppe
abend haben
sein Flugla
daß auch er
folgend, alle
wahnwünnig
druck, den d
habe und lie
haben, nicht
zu Verband
der Ginnar
alle Mittel
feien. Er st
nationalen u
tritt in das
haben. Dr.
ganz andre
ganzen Volk
treter der M
hältnis der
daß die Dem
und hob her
Mahardt es
Demokratisch
ihre Schicksa
Diskussions
der die gegen
Herr Domin
ruhigen, sach
seine warmh
klingenden A

fl. Not
ablichen G
ließen die
auslaufen.
Langfinger
mann Rade
dies zu dem

re. Bad
befinden sich
Streit. Sie
von 5,65 M
(bisher 4,60)

Aus
Düsselbo
aller Munde
gegen 10 M
den Trostpr
feinen Wohn
ten bald wie
Date Beschr
soll er sich d
hat der Glau
werden.

und soziale Zurechnung schon bedauerlich. Die Verantwortlichen sind es, die es anzuerkennen und zu beheben suchen. Der Handel ist es, der die Wirtschaft in den letzten Jahren am meisten gelitten hat. Die Industrie hat sich zwar erholt, aber der Handel ist noch im Elend. Die Regierung muss sich beeilen, die Wirtschaft zu beleben. Die Steuerlasten müssen gesenkt werden. Die Zölle müssen herabgesetzt werden. Die Regierung muss die Wirtschaftspolitik so gestalten, dass die Wirtschaft sich erholen kann. Die Regierung muss die Wirtschaftspolitik so gestalten, dass die Wirtschaft sich erholen kann.

158 Goldmark Jahreseinkommen auf den Kopf der Bevölkerung. Wenn man mit einem Gesamteinkommen von 140 Milliarden Papiermark zu rechnen hat, so entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 2333 Papiermark. Nach Umrechnung in Goldmark ergibt dies eine Summe von 233 und eine Drittel Goldmark auf den Kopf der Bevölkerung. Davon müssen in Deutschland 75 und eine Drittel Mark Steuern gezahlt werden, das macht 32,3 Prozent aus. Nach Abzug der Steuern bleiben in Deutschland 158 Goldmark auf den Kopf der Bevölkerung jährlich übrig. Hierin drückt sich die schwere wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes am deutlichsten aus.

Anzeigepflicht für gefundene Gegenstände. Viele künden durch Inserat in der Zeitung einen Fund an, ohne zugleich der Polizei davon Meldung zu machen. Die hiesige Polizeiverwaltung erklärt in heutiger Ausgabe eine Bekanntmachung, welche die betr. Gesetzesbestimmungen in Erinnerung bringt. Danach sind alle Funde, die einen Wert von drei Mark und mehr haben, polizeilich anzumelden. Bei Unterlassung der Meldung macht sich der Finder strafbar. Die berechtigten Ansprüche des Finders nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches werden dem Finder gegenüber von der Behörde vertreten. Wir empfehlen die Bekanntmachung zur besonderen Beachtung.

Weite Kreise des deutschen Volkes läßt das Schicksal Oberschlesiens kalt. Die Oberschlesier allein können es nicht schaffen, trotz der Ansumme von Arbeit und Anspornung. Bedenke, deutscher Landsmann, daß du Kulturpflicht hast und eine Riesenverantwortung vor dir und deinen Kindern trägst. Ueberlege und handle!

Spenden erbaten auf Konto „Grenzspende für Oberschlesien“ bei der Bank für Handel und Industrie in Dortmund.

Amt Herford-Biddenhausen.

a. Eickum. Seit Kriegsende wird auch in unserer Dorfe der Pflege und dem Anbau von Obstbäumen große Aufmerksamkeit zugewandt. Täglich sind seit einiger Zeit in der ganzen Gegend Gärtnere mit Beschneiden und Umpflücken beschäftigt.

Amt Enger.

u. Herringshausen. In unserer Nachbarschaft wurde ein großes Waldstück, das seit Jahren nicht mehr aufgeforstet war, den Verbrauchern von Brennholz für diesen Winter zu billigem Preise geöffnet.

Amt Mosho.

II. Mosho. Freitagabend sprach in einer gut besuchten Versammlung der Deutschen demokratischen Partei Oberbürgermeister Dominikus-Berlin. Rektor Neveling, der Vorsitzende der Ortsgruppe, eröffnete die Versammlung, indem er darauf hinwies, daß er sich mit den Führern der anderen Parteien dahin geeinigt habe, den Wahlkampf in sachlichen, ruhigen Formen zu führen. Die Ortsgruppe würde höchstwahrscheinlich nur diesen einzigen Rednerabend haben, sie würde auch, wenn sie nicht angegriffen würde, kein Flugblatt herausgeben. Herr Dominikus betonte zunächst, daß auch er, den Weisungen unseres Führers, Senator Peterlen, folgend, alle Schärpen vermeiden werde. Es ging sodann auf die wahnwitzigen Forderungen unserer Feinde ein, schilderte den Eindring, den das Entsetzen der Note aus Paris in Berlin gemacht habe und legte die Gründe dar, welche die Demokraten bewegen haben, nicht sofort bedingungslos „nein“ zu sagen, sondern sich zu Verhandlungen bereitwillig zu machen. Auf das Nein folge unbedingt der Einmarsch und daher dürfe man erst schriftlich ablehnen, nachdem alle Mittel, zu einem gütlichen Einvernehmen zu gelangen, erschöpft seien. Er streifte mit einigen Worten das Verhalten der Deutschen und der Sozialdemokraten, die den Gedanken, durch Eintritt in das Kabinett eine Einheitsfront zu bilden, schroff abgelehnt haben. Dr. Simons wurde Lloyd George gegenüber in London eine ganz andere Position gehabt haben, wenn er als Vertreter des ganzen Volkes gekommen wäre, als jetzt da er doch nur als Vertreter der Regierung käme. Sodann ging der Redner auf das Verhältnis der Demokratischen Partei zum Handwerk ein. Er betonte, daß die Demokraten stets sehr viel für das Handwerk getan hätten und hob hervor, daß, solange es ein Mann wie Ehrenbreitner als Abgeordneter des Reichstages gegeben hätte, die Arbeiter der Demokratischen Partei anzugehören, auch die übrigen Handwerker ihr Schicksal derselben ruhig anvertrauen könnten. Als einziger Diskussionsredner trat Baugewerksmeister Krieger (Dtl.) auf, der gegen die Deutschenationalen erhobenen Vorwürfe zurückwies. Herr Dominikus überlegte sie in seinem Schlusswort in seiner ruhigen, sachlichen Weise. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine warmherzigen, in einen Appell an die deutsche Treue ausklingenden Ausführungen.

II. Mosho. In den letzten Nächten haben wir wieder unsere ablichen Einbrüche gehabt: in der Weinhandlung von Sonntag ließen die Diebe ein Faß Bitter mitgehen, ein zweites ließen sie auslaufen. In der Zigarrenfabrik von Niemann erbeuteten die Langfinger bei ihrem Einbruch 15 Mille Zigarren. Dem Kaufmann Lüding wurde ein Hund gestohlen. Man nimmt an, daß dies zu dem Zweck geschehen ist, um leichter einbrechen zu können.

re. Bad Lehnhausen. Die Arbeiter der Firma „Weberhütte“ befinden sich seit ungefähr 8 Tagen wegen Lohnforderungen im Streik. Sie verlangen für die Umlieferanten einen Stundenlohn von 5,65 M. (bisher 3,85 M.) und für die Verheirateten 6,00 M. (bisher 4,60 M.). Hierzu kommen noch die Kinderzulagen.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Düsseldorf. Der Heiland von Düsseldorf, dessen Taten in aller Munde waren, zu dem täglich an 1000 Menschen kamen, die gegen 10 M. Gebühr ihm ihr Leid vortragen konnten, worauf sie den Trostpruch bekamen „Glaube an mich“, hat in aller Stille seinen Wohnsitz verlegt. Viele Leute, die geheilt sein wollten, fühlten bald wieder ihr altes Leid. Die Selbsthypnose hatte nur scheinbare Besserung gebracht. Der „Heiland“ ist reich geworden, was soll er sich da noch mit enttäuschten Worten auseinandersetzen. Ihm hat der Glaube geholfen — der Glaube, daß die Dummen nicht alle werden.

Berlin. Hier ist eine Fälscherzentrale für Aus- und Einfuhrbewilligungen aufgedeckt. Ein Kaufmann Schulz ließ nach echten Stempelabdrücken eine kleine Schlagpresse für Trockenstempel und zwei Gummirollen anfertigen und fertigte Urkunden an, die die Einfuhr von Vieh aus Dänemark in zwei Fällen möglich machten. Der Fälscher wurde von der Kriminalpolizei verhaftet. 18 Formulare wurden noch vorgefunden.

Wattenfeld. Unter den Belegschaften hiesiger Zechen tritt die gefährliche Wurmpeste, die zum erstenmal in den Jahren 1903 und 1904 auftrat und zwar so heftig, daß auf vielen Zechen ein Viertel der Leute in ärztliche Behandlung mußte, wieder stärker auf, sodaß die Wiedereinführung der Wurmpeste ins Auge gefaßt ist. Hiergegen lehnen sich die Bergleute auf.

Kaiserslautern. Wie die „Pfälzische Rundschau“ meldet, wurde Sekretär Haas von der freien Bauernschaft, der während des Weltkriegs dreihundert Liter Milch der Stadt Frankenthal in den Straßengassen geschüttet hat, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Marienberg. Wie die „Weichselzeitung“ meldet, wurden am Freitagabend zwischen Marienberg und Marienburg in der zweiten Klasse eines Personenzuges zwei Damen erschossen aufgefunden. Die „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ melden dazu, die beiden Ermordeten sind eine Frau Will und ihre Tochter. Sie waren durch Revolvergeschosse getötet. Da die Handtaschen fehlen, wird Raubmord angenommen. Die Ermittlungen erstrecken sich auf einen in demselben Abteil reisenden jungen Mann, der verschwunden ist.

Hamburg. Nach einer Mitteilung der Heimkehrerliste in Hamburg ist am 11. Februar der Dampfer „Bilf“ von Hamburg in Stettin eingetroffen. An Bord befanden sich 269 reichsdeutsche Gefangene aus Sibirien. Außerdem hatte der Dampfer Angehörige der ehemals österreichisch-ungarischen Monarchie an Bord.

Hamburg. In Hamburg wurde ein geheimes Waffenlager mit 300 000—400 000 Schuß Munition aufgefunden und beschlagnahmt. Außerdem wurden zwei schwere Maschinengewehre aufgefunden. Alle an dem Waffenbesitz beteiligten Personen wurden verhaftet.

Rom. Nach Blättermeldungen aus Monfalcone kam es im dortigen Arsenal zwischen streikenden Arbeitern und Arbeitswilligen zu Schlägereien, bei denen mehrere Arbeiter verwundet wurden. Später kam es zu Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Faschisten, in deren Verlauf das Gebäude der Arbeitskammer zerstört wurde. Eine Person wurde getötet, fünfzehn verletzt.

Paris. Wie „Chicago Tribune“ aus Montreal gemeldet wird, ist der französische Dampfer „Victorieux“, der am 2. Februar von New York nach Gairitz in See gegangen war, untergegangen. Die Besatzung ist von dem Dampfer „Cranford“ aufgenommen worden.

Der Essener Wasserturm-Prozess.

Essen. In der Verhandlung des sogenannten Wasserturmprozesses wurde am Freitag und Sonnabend die Vernehmung der Angeklagten durchgeführt. Verteidiger Dr. Levy stellte den Antrag, den General von Watter vom Wehrkreiskommando Münster und den Major Wulf von der grünen Sicherheitspolizei in Essen als Zeugen zu laden zum Beweise dafür, daß beide auf Seiten der Kappregierung gestanden hätten, daß also im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die verfassungsmäßige Regierung mit Waffengewalt angegriffen wurde und die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt hätten, die verfassungsmäßige Regierung gegen Waffengewalt zu schützen. Nach dem Verhör der Angeklagten begann die Zeugenvernehmung, die schreckliche Einzelheiten aus dem Kesselschmelz des Wasserturmes entrollte. Es wurden nacheinander vernommen drei Zeugen aus der Kurfürstenstraße, die von ihren Fenstern aus die ganzen blutigen Vorgänge beobachtet haben. Die Aussagen stimmten in den wichtigsten Punkten völlig überein. Kurz zusammengefaßt erhält man folgendes Bild: Die Besatzung der Wasserturms ging die weiße Flagge aus, als erkannt worden war, daß die weitere Verteidigung des Turmes nutzlos war. Die Verhandlungen, während deren das Feuer eingestellt worden war, begannen. Als das Tor geöffnet wurde, schickte Leutnant Potthoff über die Straße, ein zweiter Verteidiger, Major Fortmann, der die Sicherheitswehr befehligte, wurde auf der Treppe niedergeschlagen, dann aber auf einer Bahre nach dem Verhandlungsplatz geschafft. Den übrigen Verteidigern wurden zum allergrößten Teil beim Verlassen des Gebäudes von den Rotgardisten mit Gewehrstoßen die Schädel eingeschlagen. Die Angreifer hatten sich in Gruppen auf den Treppen angesammelt und boten nach Angabe des Zeugen Major Meyer mit ihren gezogenen Messern den Eindringenden einen wilden, gellenden Widerstand, der alles kurz und klein zu schlagen beabsichtigte. Als Ziegelmeister wurde von drei Angreifern umgebracht. Als Rechtsanwalt Obuch den gleichfalls anwesenden Führer der Sicherheitswehr, Major Fortmann, fragte, ob er mit seinen Leuten die Auflösung gehabt habe, eine militärische Organisation gewesen zu sein oder eine ausschließliche Polizeitruppe, erwiderte er, daß er sich mit derartigen Sophistereien bei der Verteidigung des Wasserturmes nicht befaßt habe. Für ihn sei nur maßgebend gewesen, daß die Stadt gegen die vorgehenden Rotgardisten, die die bestehende Ordnung stürzen wollten, verteidigt werden mußte. Keiner von den Verteidigern habe auch nur im geringsten daran gedacht, für Kapp einzutreten. Rechtsanwalt Levy beantragte zum Schluß die Verlobung des Polizeipräsidenten und des Oberbürgermeisters Dr. Luffert, um über die politisch-militärische Vorgeschichte der Ereignisse ein genaues Bild zu erhalten. Die Verhandlungen gehen am Montag weiter.

Der erstarrte Dieb.

fr. Frankfurt a. Main. Ein 18jähriger elternloser Bursche, der nichts zu nagen und zu beißen und kein Unterkommen hatte, war feinerzeit bei der Schokoladenfirma Goler in Bad Homburg beschäftigt. Als es ihm anfangs Dezember v. J. nun gar schlecht ging, brach er dort ein, um ein Quantum Zucker zu stehlen. Da es ihm an einem Nachbarn fehlte, so setzte er sich in ein Faß und schlief ein. Volle drei Tage später entdeckten ihn dort durch Zufall Angehörige. Es herrschte in diesen Tagen bittere Kälte und man fand den armen Burschen halb erstarrt, so daß man ihn sofort ins Krankenhaus bringen mußte. Jetzt hatte er sich vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten und da schwerer Diebstahl vorlag, so konnte das Gericht nicht unter drei Monaten Gefängnis erkennen. Es erkannte auch auf die Mindeststrafe und setzte dem Angeklagten eine Bewährungsfrist. Einen Richter rührte das Elend dieses Menschen derart, daß er ihm nach der Verhandlung zehn Mark schenkte.

Die Flucht aus Amerika.

Zu dem Ebersbacher Entführungsskandal erzählen jetzt die beiden Deutschamerikaner in der „Ebersbacher Zeitung“ die Einzelheiten ihrer romantischen Flucht aus Amerika. Es heißt da: Am 13. August erhielt ich (Veradoll) die Order, mich zum Militärdienst zu stellen. Ich hatte jedoch bereits den Entschluß gefaßt, nicht gegen Deutschland, das Heimatland meiner Eltern, zu kämpfen, und verließ deshalb meinen Geburtsort Philadelphia. Bis Anfang Januar 1920 hielt ich mich in den Vereinigten Staaten auf und wurde am 7. Januar 1920 von ungefähr 150 Polizisten verhaftet. Ich wurde nach Gouverneur Island gebracht und wegen Fahnenflucht zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Meine Anwälte

traten in Verhandlungen mit dem Kriegsministerium in Washington. Dort erhielten sie Bescheid, daß ich gegen Zahlung von 100 000 Dollar Bestechungsgeld meine Freiheit erlangen könnte. Größtes Stillschweigen wurde mir aufgetragen mit dem Dazufügen, ich sollte mich um diese Angelegenheit überhaupt nicht kümmern. Um die von mir geforderte Summe zahlen zu können, gab ich an, daß ich im Gebirge von West-Virginien 200 000 Dollar in Gold vergraben hätte, es aber persönlich holen müßte, da außer mir Ort und Stelle niemandem bekannt sei. Einige Tage darauf erhielt ich durch die Gefängnisdirektoren die Genehmigung, daß ich in Begleitung von 2 Unteroffizieren den Ort aufsuchen könne, um das Geld zu holen. Die beiden Unteroffiziere begleiteten mich am 20. Mai nach Philadelphia. Durch meinen Chauffeur Eugen Stecher wurden wir am Bahnhof mit dem Auto abgeholt und fuhren in meine Wohnung, wo wir übernachteten. Die Unteroffiziere baten mich um Ueberlassung von Whisky, da sie durch das Alkoholverbot schon seit langer Zeit keinen mehr erhalten konnten. Ich gab ihnen solchen, und besonders am andern Morgen soviel sie wollten, sodaß sie gegen Mittag ziemlich betrunken waren. Gegen 3 Uhr nachmittags, als die beiden Unteroffiziere im zweiten Stock das elektrische Piano spielen ließen, gab ich meinem Chauffeur E. Stecher ein Zeichen, sein Auto fahrbereit zu halten. Gleich darauf klingelte das Telefon und unter Angabe, ich wollte das Telefongespräch annehmen, verließ ich das Zimmer, eilte in den Hof, wo bereits Stecher mit dem Auto auf mich wartete, stieg rasch ein und wir verließen Philadelphia, so schnell es ging. Wir fuhren durch Baltimore, Pittsburg, Columbus, Indianapolis, Chicago, Milwaukee, Minneapolis, St. Paul, St. Vincent an die kanadische Grenze. Hier versuchten wir zu erfahren, wie wir über die Grenze kommen könnten. Ein Mann zeigte uns einen schmalen Pfad, der nicht an der Zollbehörde vorbeiführte, und auf diesen gelangten wir unbeobachtet über die Grenze nach Canada. Unser Auto und Gepäck mußten wir jedoch zurücklassen. Zu Fuß begaben wir uns nun nach der Stadt Winnipeg, gaben dort an, Engländer zu sein und erhielten durch falsche Vorpiegelungen Pässe auf den Namen Gas Rids und Fr. Johnson ausgestellt. Mit diesen Pässen konnten wir unbehelligt am 9. Juli 1920 mit dem Dampfer „Victorian“ von Quebec nach Liverpool und von da mit der Bahn nach London fahren. In London konnten wir uns vier Tage als Engländer unangemeldet aufhalten, fuhren dann nach Folkestone und von hier mit dem Holländer Dampfer „Kassau“ nach Wistingen. Von Wistingen ging es mit der Bahn über Arnheim, Oberhausen, Frankfurt, Heidelberg nach Ebersbach, wo wir wohlbehalten am 25. Juli ankamen.

Wirtschaftsleben. Devisenkurse.

	12. Febr.	11. Febr.
Telegraphische Anszahlungen:	Geld	Geld
Amsterdam-Rotterdam	100 Fl. 1993,00	2002,00
Brüssel-Antwerpen	100 Frs. 441,55	443,45
Christiania	100 Kr. 1051,40	1053,60
Kopenhagen	100 Kr. 1083,80	1086,10
Stockholm	100 Kr. 1303,65	1306,35
Helsingfors	100 finnische Mk. 197,80	198,20
Tallin	100 Lira 213,75	214,25
London	1 Pf. Sterl. 227,00	227,10
New York	1 Doll. 57,94	58,06
Paris	100 Frs. 420,55	423,45
Schweiz	100 Frs. 946,55	948,45
Spanien	100 Pes. 812,15	813,25
Wien (alt)	100 Kr. —	—
Prag (Deutsch-Oesterreich abgeht.)	100 Kr. 14,10 1/2	14,14 1/2
Budapest	100 Kr. 75,90	76,10
	100 Kr. 10,98	11,02

Verkehrslage im Ruhrrevier.

Essen. Die starken Sperrmaßnahmen der Eisenbahnverwaltung sowie die erhöhte Aufnahmefähigkeit der Wasserstraßen haben zur Folge gehabt, daß die Betriebslage der Eisenbahn sich in den letzten Wochen günstig entwickelte. Die Zahl der im Revier befindlichen beschleunigten beladenen Wagen ist erheblich zurückgegangen. Die Einstellung für den Kohlenabtransport, namentlich in den letzten Tagen ist reichlich gewesen, sodaß sogar von den Beständen abgefahren werden konnte. Leider ist aber der Wasserstand des Rheines seit etwa acht Tagen fast um einen Meter gefallen und auch der Wasserspiegel des Bodensees ist wiederum zurückgegangen, sodaß die Ausladung der Fahrzeuge Stromaufwärts wieder eingeschränkt werden mußte und der Verkehr seit dem 6. Februar nur noch bis Karlsruhe erfolgen kann. Die Lagerbestände haben in der Periode von 1 082 425 auf 1 046 773 Tonnen abgenommen. Gestellt wurden arbeitsfähig 22 205 (17 948) Wagen, die Geschliffen betragen 3707 (9449) Wagen. Der Umschlag an Rippeln erreichte in den Duisburger-Ruhrorter Häfen die Höhe von 35 889 (32 738) Tonnen. Der Versand der privaten Zechen am Rhein eine solche von 8352 (8191) Tonnen. Dagegen konnte der Brennstoffumschlag im Kanal kein vorwichtigen Höchstleistungen von 33 075 Tonnen nicht behaupten, hauptsächlich weil der Abtransport bei Schleuse 7 stockte. Umgeschlagen wurden hier in der letzten Woche arbeitsfähig 31 631 Tonnen.

Gegen die Bedrohung der nordwestdeutschen Binnen-schifffahrt durch die neuen Feindbünd-Forderungen hat die Vereinigung Niederländischer Handelskammern (Bielefeld, Detmold, Guden, Gesehmünde, Göttingen, Goslar, Hannover, Harburg, Hildesheim, Lüneburg, Minden, Oldenburg, Osnabrück, Verden, Stadthagen, Rhronmont) durch nachdrückliche Drählung an Reichskanzler, Reichstag, Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, Reichswirtschafts-, Reichsverkehrs- und Wiederaufbauministerium Einspruch erhoben: „Nach Pariser Verträgen werden für Wiedergutmachung nur Eisen-schiffe mit Eisenboden über 500 Tonnen verlangt. Deshalb soll Elbe- und Oderflotte ausgetauscht werden. Da Rheinflotte nur mit 14 Prozent herangezogen wird, müssen Weser- und westliche Kanalllotte fast 90 Prozent in drei Monaten ab-liefern. Das bedeutet für Nordwestdeutschland Vernichtung der gesamten Schifffahrt und nahezu völlige Brachlegung der Industrie. Vereinigte Niederländische Handelskammern protestieren nachdrücklich gegen diese übermäßige Heranziehung ihres Verkehrsgebietes. Bitten durch Neubauvor-schläge an Feindbünd einer Verminderung des deutschen Schiffsbestandes durch Ablieferung unbedingt entgegenzu-wirken.“

Verantwortlicher Redakteur: i. V. Fr. Bierstedt; für den Inzeratenteil verantwortlich: G. Wese; beide in Herford.

Herford, Senftenberg i. d. Bauh. den 12. Februar 1921.



Todesanzeige!

Heute vormittag, 9 Uhr, verschied sanft und gottgegeben nach langem und schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den Heilmitteln der kath. Kirche, unsere innigstgeliebte, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau

Ww. Ferdinand Mattis

Katharina geb. Bore

im fast vollendeten 68. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen:

Käthe Mattis

Mathilde Elsbrecht, geb. Mattis

Fritz Mattis

Ferdinand Elsbrecht, Rektor.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Februar, nachmittags 8 Uhr, vom Trauerhause Lübbertstraße 29 aus statt. — Die feierlichen Exequien werden Mittwoch, den 16. Februar, morgens 7²⁰ Uhr in der kath. Pfarrkirche gehalten.

Zwangsversteigerung.

Am Dienstag, den 15. ds. Mts., vorm. 11 Uhr werden nunmehr in dem Lagerraum des Herrn Spediteurs Schröder, Diebolderstr.

5 Schlafstubeneinrichtungen

ferner 1 Schreibtisch, 2 Briefordner und 1 Papierkorb

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Wittenburg, Gerichtsvollzieher.

Brennholz

gelten bis auf weiteres folgende Preise:

Mischholz Sägelöge . . der Zentner M. 14.00

25 cm lang

offenfertig . . der Zentner M. 15.00

gepalten

Buchenholz Sägelöge . . der Zentner M. 15.50

25 cm lang

offenfertig . . der Zentner M. 16.50

gepalten

Frei Haus (innerh. Stadtgrenze) 75 Pf. je Stk. mehr.

Buchenbaldholz und Heizholz

in bekannten guten Qualitäten zu billigen Tagespreisen.

H. Wille & Co., Herford

Nähe Hauptbahnhof. Fernsprecher 489.

In unser Handelsregister, Abt. A, Nr. 236 ist heute bei der Firma Wilhelm Koch in Herford eingetragen worden, daß der Ehefrau des Zigarrenfabrikanten Wilhelm Koch, Malty geb. Corvey in Herford Procura erteilt ist. Herford, den 10. Februar 1921.

Amtsgericht.

In unser Handelsregister, Abt. A, Nr. 717 ist heute die offene Handelsgesellschaft unter der Firma Epke u. Baurichter in Herford eingetragen. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1920 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind 1. Tischlermeister Wilhelm Epke, 2. Kaufmann Carl Baurichter, beide zu Herford.

Herford, den 10. Februar 1921.

Amtsgericht.

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Auf Grund der Beschlüsse der städtischen Behörden vom 12. Januar und 11. Februar 1921 werden die Schlacht- pp. Gebühren wie folgt festgesetzt:

- a) Schlachtegebühren:
- | | |
|--|---------|
| Großvieh bis 250 Pfund Schlachtgewicht | 60 M. |
| desgl. von 250—400 Pfund Schlachtgewicht | 80 M. |
| desgl. von 400—600 Pfund Schlachtgewicht | 110 M. |
| desgl. über 600 Pfund Schlachtgewicht | 140 M. |
| Pferde | 80 M. |
| Schweine bis 75 Pfund Schlachtgewicht | 15 M. |
| desgl. von 75—150 Pfund Schlachtgewicht | 25 M. |
| desgl. über 150 Pfund Schlachtgewicht | 40 M. |
| Kälber | 25 M. |
| Schafe | 20 M. |
| Ziegen | 10 M. |
| b) Wiegegebühren | 1,50 M. |
| desgl. für Kleinvieh | 1 M. |
| c) für Zutritt zum Schlachthaus außerhalb der festgesetzten Zeit | 2 M. |
| d) für Benutzung der Vorkühllhalle: | |
| für Großvieh | 8 M. |
| für Kleinvieh | 4 M. |
| e) Kühlzellenmiete pro Quadratmeter | 200 M. |
- Die Erhöhung tritt vom 14. d. Mts. ab in Kraft. Herford, den 12. Februar 1921.

Der Magistrat.

Seit längerer Zeit mehrten sich wieder die Fälle, wo in den hiesigen Tageszeitungen Inserate erscheinen, die den

Geschäftsverlegung.

Ich verlegte mein Geschäft

von Rennstr. 50 nach Rennstr. 43.

Bedeutend größere Geschäftsräume ermöglichen es mir in allen meinen Artikeln wie

Tapeten, Linoleum, Teppiche, Läufer u. s. w.

eine Auswahl zu bieten und zu unterhalten

die jedem Geschmack Rechnung trägt.

Für das mir bisher erwiesene Wohlwollen danke ich verbindlichst und bitte mir dasselbe auch fernerhin zu erhalten.

Paul Haase Nachf., Inh. Walther Fouquet, Rennstr. 43.

RATSKELLER HERFORD.

Dienstags und Freitags

von 7^{1/2} bis 11 Uhr

KÜNSTLER-KONZERT.

Kaffee Germania

Täglich Konzert.

Apollo-

Kabarett.

Dir. A. Thiem

Rennstr. 23 Fernr. 943.

Das große

Februar-Programm

mit den

7 Attraktionen u. a.

Friedel?

Die 6 jährige Operetten

Sängerin.

Anfang 8 Uhr.

Kasseneröffnung 7 Uhr.

Kilchees = Stempel

M. Klesner

Rennstr. 9

Annehmestelle

W. Westerbek, Rennstr. 26

Neue und gebrauchte

Fahrräder,

sowie sämtliche

Ersatzteile.

Reparaturen prompt und

billig.

Gustav Marten,

Herford, Erbenstraße 24.

Sämereien

eingetroffen.

Hermann Hüls

Diebolderstr.

Junges Mädchen

ohne gegen. Vergütung mit

Familienanschluss sofort gesucht.

Arbeitsamt

für Stadt- und Landkreis

Herford

Waisenhausstraße 1.

Hefige Schokoladen- und

Butterwarenfabrik sucht zum

sofortigen Eintritt einen erfah.

Laboranten.

Schriftliche Angebote unter

Nr. 14910 an die Geschäftsst.

dieser Zeitung erbeten.

Nachm. 9 Uhr.

Schaub, Hannover

Waisenstraße 3.

Zukunft!

Charakter, Echeben, Reichtum,

Glück, wird nach Astrologie,

(Sternkunde) berechnet. Nur

Geburtsdatum u. Schrift ein-

senden. Viele Dankschreiben

aufzuweisen. Preis 8 Mark.

Nachm. 9 Uhr.

Schaub, Hannover

Waisenstraße 3.

Backstufen

zu kaufen gesucht.

Gustav Bogelsang

Waltgerstraße 31.

Frühling u. Früh

vernichtet

radikal Loxo

3fach stark

geruchlos

Grosche Flasche 6.— Mark, zur Kar ausreichend.

Zu haben bei **Fr. Schröder** (K. Meyes Nachf.

Wer nimmt einen alten

Invaliden,

pünktlichen Bezahler,

in die Koff?

Angeb. mit Preis unt. 14790

an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Bauplatz

am Kaiser Friedrich-Wall geg

Gebot zu verkaufen.

Gärtnerei Wth. Hend.

Preisabbau

in Möbeln!

Als besonders preiswert

empfehle:

ca. 100 Zimmer

als

Herrenzimmer

Speisezimmer

Schlafzimmer

Küchen

in 1a. Ausführungen.

Eigene Tischlerei.

Möbel-Grosshaus

F. Mertens

Bielefeld.

Herren- und Damen-

Fahrrad, Aquarium,

Sitz-Liegewagen

alles gut erhalten, preiswert

zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle

dieser Zeitung unter 14928.

Lichtspielhaus „Wittellind“.

Heute Montag zum letzten Male:

Senny Porten

in der Langobdie

„Die goldene Krone“

Ein Film tiefer und packender Art!

Eine Glanzrolle

Senny Portens

Dazu:

Das große Beiprogramm!

Tanz- u. Anstandsschule J. Römken u. Frau

Fernsprecher 644. HERFORD Unter d. Linden

Das am Sonnabend, 12. Februar ausgefallene

Tanzstunden-Kränzchen

findet am **Mittwoch, den 16. Februar, nachmittags**

5 Uhr im Brinkmann'schen Saale statt.

Frische grüne Elbheringe

eingetroffen a. Pfd. 3 Mark.

Gemüse- u. Obstmarkt S. m. b. H.

Nur Arndtstraße 6.

Saisonverkauf

in

PELZEN!

Um mein grosses, noch gut sortiertes

Lager zu räumen, verkaufe zu bedeutend

herabgesetzten Preisen.

Versäumen Sie nicht, von diesem ausserordent-

lich günstigen Angebot im eigenen Interesse

Gebrauch zu machen. — Nur solange Vorrat.

Trotz der bedeutend herabgesetzten Preise ge-

währe für Fahrt von auswärts Mk. 10.—

Pelz-Etagengeschäft

H. Büttner, Bielefeld

Bahnhofstrasse 2, 1. Etage, Eingang im Kino.

Kein Laden.

Geschäfts-Anzeigen

finden weiteste Verbreitung durch die

Herforder Zeitung für Stadt und Land

VII. Amt Gohfeld = Mennighüffen.

1. Wahlbezirk: Bauerschaft Bischofshagen, Bezirk I.

umfassend den Schulbezirk Mahnen; Wahlvorsteher: Kantor

Wohmann, Mahnen; Stellvert.: Malermeister Heinrich

meyer, Mahnen; Schule in Mahnen.

2. Wahlbezirk: Bauerschaft Bischofshagen, Bezirk II.

umfassend den Schulbezirk Bischofshagen und vom Schul-

bezirk Wittel diejenigen Einwohner, die in der Bauerschaft

Bischofshagen wohnen. Wahlvorsteher: Bauerschaftsvor-

steher Bögeholz, Bischofshagen; Stellb. Kaufmann Stein-

brink, Mahnen; Wahlraum: Schule in Bischofshagen.

3. Wahlbezirk: Bauerschaft Depenbrock, Wahlvorsteher:

Kantor Bull, Gohfeld; Stellb. Bauerschaftsvorsteher Schül-

myer, Depenbrock; Wahlraum: Schule in Gohfeld.

4. Wahlbezirk: Bauerschaft Jollenbeck, Wahlvorsteher:

Gemeindevorsteher Sunderbrink, Gohfeld; Stellb.: Bau-

erschaftsvorsteher Schröder, Jollenbeck; Wahlraum: Gastwirt-

schaft Schröder in Jollenbeck.

5. Wahlbezirk: Bauerschaft Melbergen, Wahlvorsteher:

Bauerschaftsvorsteher Johannsmeyer, Melbergen; Stellb.:

Fabrikbesitzer Niebel, Melbergen; Wahlraum: Schule in Mel-

bergen-Süd.

6. Wahlbezirk: Bauerschaft Böhnköniglich, Wahlvor-

steher: Gemeindevorsteher Lübbert, Böhne; Stellb.: Kolon

Niemeyer, Böhne Nr. 10; Wahlraum: Schule in Böhne.

7. Wahlbezirk: Bauerschaft Böhnebeck, Wahlvorsteher:

Kaufmann Redenegg, Böhne; Stellb.: Kolon Biermann,

Böhne Nr. 18; Wahlraum: Schule in Böhne.

8. Wahlbezirk: Mennighüffen, Bezirk I., umfassend die

Hausnummern 1—250. Wahlvorsteher: Gemeindevorsteher

Kröger, Mennighüffen; Stellb.: Kaufmann Hempe, Mennig-

hüffen; Wahlraum: Schule in Mennighüffen.

9. Wahlbezirk: Mennighüffen, Bezirk II., umfassend die

Hausnummern 251 bis Ende und die Gutsbezirke Beck und

Ullenberg. Wahlvorsteher: Sparfassenrentant Schäfer,

Mennighüffen; Stellb.: Verwalter Dreimann, Beck; Wahl-

raum: Schule in Mennighüffen.

10. Wahlbezirk: Bauerschaft Grimminghausen, Wahl-

vorsteher Hauptlehrer Niemeyer, Ostfeld; Stellb.: Gastwirt

Brinker, Grimminghausen Nr. 140; Wahlraum: Schule in

Mennighüffen.

11. Wahlbezirk: Gemeinde Oberbeck, Bezirk I., um-

fassend die Hausnummern 1—225. Wahlvorsteher: Ge-

meindevorsteher Detert, Oberbeck; Stellb.: Zimmermeister

Kassebaum, Oberbeck; Wahlraum: Schule in Oberbeck.

12. Wahlbezirk: Gemeinde Oberbeck, Bezirk II., um-

fassend die Hausnummern 226 bis Ende. Wahlvorsteher:

Hauptlehrer Stohmann, Oberbeck; Stellb.: Rendant

Finkelbach, Oberbeck; Wahlraum: Schule in Oberbeck.

Böhne i. W., den 9. Februar 1921.

Der Amtmann: v. der Boed.

Würt

Die kurze A

Dr. v. Gieber de

nach vorausgesch

Erne des schwä

der württemberg

bische Volk mit d

loslich verbunden

bestrebungen ober

begreifen mächte

glückliches Vorbi

wortungsbeuufte

Dr. von Gieber

und wenn zu ein